

## Antrag Nr. 15/152

öffentlich

**Datum:** 26.10.2023  
**Antragsteller:** Die Linke.

<b>Gesundheitsausschuss</b>	<b>17.11.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>01.12.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>07.12.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>13.12.2023</b>	<b>Beschluss</b>

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2024: Weiterfinanzierung des Peer-Counseling in  
Sozialpsychiatrischen Zentren**

Beschlussvorschlag:

Die Sozialpsychiatrischen Zentren sollen in die Lage versetzt werden,

1. die Stellen für Peer-Berater:innen und Peer-Mitarbeiter:innen zu entfristen zur Erhöhung der Planbarkeit;
2. die Beratungsstunden für Peer-Berater:innen und Peer-Mitarbeiter:innen aufzustocken;
3. die langfristige und stabile Finanzierung der Peer-Beratung zu sichern.

Ergebnis:

Die Beratungsgrundlage wurde zurückgezogen.

Begründung:

Peer-Counseling ist ein wichtiges Element zur Förderung der Partizipation und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Zwischen den Menschen mit Behinderungen kann eine Beratung auf

Augenhöhe stattfinden, die zu mehr Selbstbestimmung führt. Mit ihrem Wissen leisten Peer-Mitarbeiter:innen und Peer-Berater:innen wertvolle und wichtige Arbeit für die Klient:innen der SPZ. Derzeit sind viele Peer-Counseling-Stellen befristet und es können nur wenige Stunden pro Woche finanziert werden. Das ist teilweise unzureichend und es wird mehr Beratungszeit benötigt. Die Peer-Mitarbeiter:innen und Peer-Berater:innen benötigen Planungssicherheit, damit sie ihre Arbeit sinnvoll und dauerhaft verrichten können.

Wilfried Kossen